

Inserate
werden angenommen
im Bosen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Hof. Ab. Schloß, Postleferant,
Hr. Gerber u. Breitestr. = Ecke,
Allo Tischl., in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
F. Hachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Bosen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditioren
Hnd. Wisse, Saakenstein & Vogler A. G.,
G. J. Dande & Co., Zwalldienstadt.

Verantwortlich für den
Inseratenthell:
F. Klugkist
in Posen.

Posener Zeitung
Neunundneunzigster Jahrgang.

Mr. 858

Mittwoch, 7. Dezember.

1892

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung vom 6. Dezember, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation
Sitz und Genossen, welche gezielte Maßnahmen bezüg-
lich der Organisation des Handwerkerstandes
und der Regelung des Lehrlingswesens, sowie
des Ausbaues der Innungen von Seiten der ver-
bündeten Regierungen beabsichtigt sind und ob noch in dieser
Session eine bezügliche Vorlage dem Reichstage zugehen werde.

Abg. **Sie** (Zentr.): Die Antwort, welche der Staatssekretär von Böttiger uns im vorigen Jahre auf eine ähnliche Frage gab, war eine wenig erfreuliche, da er die Einführung des Befähigungsnachweises nicht in Aussicht stellte. Aber selbst die Antwort über die in Aussicht gestellte Organisation des Handwerkerstandes war so allgemein, daß etwas Konkretes nicht daraus entnommen werden konnte. In Folge dessen hat sich des Handwerkerstandes eine große Hoffnungslosigkeit bemächtigt, die auf dem vorjährigen Innungstage am schärfsten zum Ausdruck kam. Wie steht es denn mit den in Aussicht gestellten Gesetzentwürfen? Wie weit ist man damit geblieben? Darauf haben wir bis jetzt keinen Bescheid bekommen. Wir suchen nach wie vor auf dem Boden des Befähigungsnachweises, der allein dem Handwerkerstande zu helfen im Stande ist, und glauben auch, daß der Ausbau der Innungen den Handwerkerstand vor Allem in die Höhe zu bringen im Stande ist. Wenn eine Organisation in Form von Handwerkerkammern geschaffen wird, so muß sich diese auf den Innungen aufbauen, und sie müßten nicht bloß eine begutachtende Stellung, sondern auch disziplinäre Befugnisse haben. Die Regierung sollte bald einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, wollen mal sagen vor Neujahr, jedenfalls vor der Auflösung. (Geisterkeit.) In einer Zeit, wo dem ganzen Lande so große Lasten auferlegt werden sollen, müßte die wirtschaftliche Kraft der breiten Schichten der Bevölkerung gestärkt werden. Die äußere Wehrkraft des Landes wird bedingt durch die innere wirtschaftliche Kraft. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär **v. Bötticher**: Als ich meine Rede im vorigen Jahre hielt, erklärte der freisinnige Abg. Ebert ihren Inhalt als nichts Erfreuliches. Um so mehr hätte ich voraussehen können, daß Konterbasse und Zentrum etwas Erfreuliches darin sehen. Wir haben die Hände nicht in den Schoß gelegt, und wenn die Sache noch nicht zu einer Vorlage an Sie reif geworden ist, so liegt die Schuld nicht an uns, sondern an den Schwierigkeiten in der Sache selbst. Wir haben lange und eingehende Erwägungen angestellt und mit sachverständigen Interessenten verhandelt. Wir unterziehen jetzt die gemachten Vorschläge einer weiteren Prüfung und werden daraufhin eine Vorlage ausarbeiten. Die verbündeten Regierungen sind bis jetzt noch nicht in der Lage gewesen, ihrerseits eine Stellung zu der Organisationsfrage zu nehmen. Unsere Absicht, d. h. diejenige der bis jetzt beteiligten beiden Ressorts geht dahin, das gesamte Handwerk in Handwerkerklassen zusammenzufassen, welche territorial abgegrenzt werden. Es sollen ihnen obligatorische Befugnisse gegeben werden, namentlich in Bezug auf das Lehrlingswesen, die Errichtung von Gütachten und der auf das Handwerk bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung. Daneben sollen sie fakultative Befugnisse erhalten, die sich erstrecken auf Maßnahmen zur Förderung des Kleinergewerbes, auf die Anregung solcher Maßnahmen bei den kompetenten Behörden, auf Veranstaltungen zur gewerblichen, technischen und sittlichen Förderung der Gesellen und Lehrlinge, auf die Errichtung von Prüfungsausschüssen, auf die Regelung des Fortbildungsschulwesens, auf die Anmeldung von Gesellen und Lehrlingen u. s. w. Es besteht bei uns nicht das Bestreben, die Innungen aus der Welt zu schaffen oder ihnen das Dasein noch zu erschweren. Im Gegenteil, wir leben die Zusammenfassung des Handwerks als durchaus nötig und nützlich an. Es wird sich ermöglichen lassen, den Innungen auch innerhalb dieser in Aussicht genommenen Organisation eine Stellung anzuweisen. Auch über eine Reihe anderer Fragen, so über die Abgrenzung des Begriffs „Handwerk“, darüber, wer von der Lehrlingshaltung ausgeschlossen sein soll, ferner über die Stellung des Lehrlings zum Meister, über die eventuelle Einschränkung der Lehrlingszüchtel, schweben Erörterungen. Dem Wunsche, daß noch zu Neujahr ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, kann ich aber zu meinem lebhaften Bedauern nicht entbrechen.

Abg. Dr. Buhl (nl.): Ich bin mit den letzten Ausführungen des Staatssekretärs einverstanden. Auch ich würde es für verfehlt halten, wenn man in übereilter Weise Einrichtungen trafe, welche der Handwerkerstand selbst nicht billigt. Vor allen Dingen werden sich die verbündeten Regierungen nach der Stimmung im Handwerk erkundigen und hiernach ihre Einrichtungen treffen müssen. Die Zwangsinnungen liegen weder im Interesse der Produzenten noch des konsumtenden Publikums. Durch die Anträge in solcher Richtung wird der Irrthum erregt, als ob eine Organisation des Handwerks noch gar nicht bestände. Thatsächlich aber haben wir in einzelnen Staaten solche Organisation, z. B. in Baden. Handwerkerkammern, in denen nur das Handwerk mit der Industrie zusammengeschwehrt ist, haben sich nicht bewährt. Die Gewerbevereine dagegen haben nach den Erfahrungen, die wir mit ihnen in Bayern gemacht haben, Erfriechnisse, besonders in Bezug auf das Lehrlingswesen, geleistet. Eine eventuell bevorstehende Vorlage muß so eingerichtet werden, daß einerseits nicht unsere Gewerbefreiheit durchbrochen wird, und daß andererseits dem Handwerk wirklich geholfen wird. (Beifall bei den National-liberalen).

Hg. **Adernann** (H.): Die vorjährige Erklärung des Staatssekretärs, in der er die Einführung des Befähigungsnachweises verweigerte, hat in Handwerkerkreisen große Zustimmung hervorgerufen, und diese Zustimmung ist auch durch das Versprechen einer eigenen Organisation nicht gemildert worden. Der Schwerpunkt der Organisationsfrage wird darin liegen, welche Kompetenzen die Innungen an die Handelskammern abtreten

müssen. Meine Freunde sind nicht gewillt, Handelskammern auf Kosten der Innungen zu schaffen. Die Innungen sind die beste Vertretung des Handwerks, in den Handelskammern aber kann es vorkommen, daß einzelne Berufe darin gar nicht vertreten sind. Die Ermäßigungen der Regierung haben lange genug gedauert, und dem Handwerker muß endlich einmal wirklich geholfen werden.

Staatssekretär v. Bötticher: Wir leisten, was wir können, aber es ist nicht so leicht, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Leicht ist es nur dann, wenn man in dem Befähigungsnachweis das einzige richtige Rezept für die Krankheit des Handwerkerstandes sieht. Wir aber sind nicht dieser Meinung. Die Rede des Vordredners hat wieder gezeigt, wie weit man kommt, wenn man Fragen ohne greifbare Unterlage behandelt. Warum soll es nicht möglich sein, den Innungen neben den Handwerkskammern eine gebührende Stellung zu erhalten? Aber die Innungen allein genügen dem korporativen Bedürfnis des Handwerks nicht. Sind doch z. B. nur 1 Proz. sämtlicher Innungsfähigen Meister Süddeutschlands in Innungen zusammengefaßt. Die Handwerkskammern sollen auch diejenigen Berufe zusammenfassen, die bisher keine korporative Vertretung gehabt haben.

Abg. **Nickert** (dfr.): Was kommt bei dieser Diskussion heraus? Es ist nichts Greifbares darin. Ich habe nicht einmal verstanden, was eigentlich die Handwerkerkammern für einen Beruf ausüben sollen. Auf welchem Grundbasi soll sich denn das Wahlrecht zu den Handwerkerkammern aufbauen? Ueber diese Frage habe ich nichts gehört. Wie wollen Sie das Kunststück fertig bringen, Handwerkerkammern nicht auf Kosten der Innungen zu schaffen? Die Zünftler wird man mit der verprochenen Organisation nicht befriedigen, denn die sehen das Ziel allein in dem Befähigungsnachweis. Die ganze Interpellation war überflüssig. Die neue Organisation wird die Zünftler ebenfalls befriedigen, wie die Schaffung des § 100 e und 100 f in der Gewerbeordnung. Redner bringt hierauf die Petition des Deutschen Gastwirthverbandes zur Sprache, in der Verwahrung dagegen eingelegt wird, daß seine Berliner Mitglieder zu den Kosten der Berliner Gastwirths-Innung beitragen müssen, während die letztere nur einige hundert Mitglieder zählt. Die Beiträge für die Innung werden für Einrichtungen gezahlt, die die Petenten selbst in musterhafter Weise verwalten. Wie kommt der Minister dazu, diese Petition abzulehnen? Das heißt nicht, zu Gunsten des Handwerks arbeiten, sondern mit polizeistlichem Zwang gegenwärtige Einrichtungen freier Vereinigungen beseitigen. Die Kleinbeiträge umfassen 65 Prozent aller Arbeiter. Wie kann man da davon sprechen, daß das Handwerk zum Tode verurtheilt ist? Die Handwerker auf dem Lande werden von Ihren Kammern nichts wissen wollen. Die Innungen sind auch gar nicht so stark vertreten, die Statistik zeigt, daß unter zwei Millionen Handwerkern nur 350 000 in Innungen vorhanden sind. Von 10 000 Innungen hat, wie die Statistik beweist, nur ein ganz kleiner Bruchtheil um die Privilegien der §§ 100 e und 100 f der Gewerbeordnung nachgesucht und noch ein kleinerer Theil sie erhalten. Sehen Sie sich doch D e s t e r r e i c h an! Da haben die Innungen trotz aller Privilegien nicht bloß nichts genützt, sondern sogar viele Differenzen hervorgerufen. Lassen Sie sich noch Zeit und lassen Sie die Affen noch im Bundesrathe liegen, denn Sie können sich sonst noch den Unbath der rechten Seite zuziehen. Das Handwerk kann nur gedeihen unter vollster freiheitlicher Entfaltung seiner Kräfte.

Handelsminister Freiherr v. Berlepsch: Auf die Frage der Berliner Gastwirthschaftung will ich hier nicht eingehen, da ich bereits im preussischen Abgeordnetenhaufe darüber ausführlich gesprochen habe. Die Frage, um die es sich bei der Interpellation handelt, hat heute eine andere Basis als früher und zwar von der Zeit an, wo die Regierung zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß der Befähigungsnachweis für das Handwerk nicht nöthig, ja sogar schädlich ist. Man kann also der Regierung nicht vorwerfen, daß sie den Reichstag so lange hingezogen habe.

Abg. **Wegner** (Str.): Ich danke dem Minister für sein freundliches Wohlwollen, aber ich glaube doch, daß die Vorlage etwas mehr beilehntigt werden kann. Gerade jetzt thut schnelle Hilfe noth, da innerhalb des Gewerbes ein Proletariat heranzuwachsen beginnt. Soll der Handwerkerstand als Stand erhalten werden, dann bedarf er einer festen Organisation. Ihre Hauptaufgabe muß im Schutz der Existenzbedingungen des Handwerkers bestehen. Möge die Regierung nicht die günstige Gelegenheit vorbeigehen lassen, sich das Vertrauen der Handwerker wieder zu erobern.

Abg. **Auer** (S.-D.): Die Interpellation macht auf mich den Eindruck, als ob sie nicht Selbstzweck sei, sondern nur dazu bestimmt, dem Minister Gelegenheit zu Ausführungen zu geben, die geeignet seien, die in gewissen Handwerkskreisen vorhandene Mißstimmung zu mildern. Dieser Zweck ist freilich nicht erreicht worden. Es erscheint doch aber eigentümlich, daß der Vorredner sich mit solcher Anerkennung gegen den Minister wendet. Für Herrn Weizner und seine Freunde war stets die Einführung der obligatorischen Zünne und des Befähigungsnachweises die Hauptsache, und gerade diese Forderungen sollen doch nicht erfüllt werden. Die Zünne haben auch durchaus nicht segensreich gewirkt. In Hamburg, wo die Bünfterbewegung den günstigsten Boden hat, ist, wie der Gewerbeinspektor meldet, die Ausbildung der Lehrlinge eine klägliche und eine recht kleine. Für die vorstigen Handwerksmeister ist die körperliche Züchtigung die Hauptsache. Ähnlich ist es in einer Reihe anderer Städte. Dem Handwerker kann überhaupt nicht geholfen werden. Die sozialen Verhältnisse bedingen mit der Zunahme der Großbetriebe seinen Untergang, und das selbständige Handwerk hat bereits in hohem Maße abgenommen. Die tausende „selbständigen Handwerksmeister“ auf dem Lande verdienen diese Bezeichnung nur dem Namen nach. Die Schuster in der Lausitz z. B. machen ein Duzend oder zwei Duzend Stiefel, aber nicht auf Bestellung für Private, sondern nur zu dem Zwecke, um sie an einen Händler in Berlin zu verkaufen. Die Arbeitsteilung im Handwerk hat in so hohem Grade zugenommen, daß man von selbständigen Handwerkern überhaupt nicht mehr sprechen kann. Der „Arbeitsmarkt“ der „Volks-Zettung“, in dem z. B. Schneider auf Hosens, auf Weisen, auf Röcke verlangt werden, beweist, daß das Handwerk

heute bereits in den Dienst der Industrie getreten ist. Ein Schneider, der einen ganzen Anzug machen kann, wie man das von einem selbstständigen Handwerker verlangen muß, ist nur selten zu finden. Weiter ist für den Niedergang des Handwerkes bezeichnend die Vervielfachungszüchterei, die besonders im Buchdruckergerberbe drastisch hervortritt. Gegen diesen Uebelstand kann nur eine Organisation der Arbeiter helfen, und ich kann im Namen meiner Partei anerkennen, daß, seitdem das Wort vom neuen Kurs gefallen ist, die früher üblichen Drangsalirungen der Arbeiterorganisationen, der Fachvereine aufgehört haben. Aber schlägt einmal die Strömung um, dann kann diese Taktik durch einen Federstich wieder eingeführt werden. Wie denkt man sich nun die Organisation der Arbeiter, die doch so nothwendig ist wie die der Handwerker? Man kommt natürlich immer mit der Sozialdemokratensucht. Auch der Befähigungsnachweis wird damit begründet. Aber der Befähigungsnachweis hindert nicht die Ausdehnung der Sozialdemokratie, dies beweist am besten Oesterreich, das Musterland des Befähigungsnachweises. In Oesterreich sind es gerade die Handwerkergejellen, die auf den sozialdemokratischen Parteitagen zu Worte kommen. Vielleicht hängt das mit dem Befähigungsnachweis zusammen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Vachem** (Ztr.): Wir werden trotz der Sozialdemokraten und Freisinnigen immer wieder unsere Forderungen erheben und hoffen schließlich ebenso durchzubringen, wie wir mit dem Verlangen nach Arbeiterschutz durchgebrungen sind. Schon jetzt haben wir etwas erreicht. Nur unseren Bemühungen ist es gelungen, die §§ 100a und f in die Gewerbeordnung hineinzubringen, und unseren wiederholten Interpellationen ist es zu danken, daß die Regierung der Frage der Handwerkerkammern näher getreten ist. Also, Herr Ridert, wir haben wohl etwas erlangt. Die Herren Sozialdemokraten verstehen es nur, den Handwerkern am Zeuge zu fädeln. (Lachen bei den Sozialdemokraten), aber wenn es gilt, für die Handwerker etwas zu thun, so find sie nicht dabel. Wie viele Jahre schon prophezeien sie den großen Pladderadatsch, der aber bisher nicht gekommen ist. Und wenn er bis zum Ende dieses Jahrhunderts nicht gekommen ist, dann werden sie ihn vielleicht für das Ende des nächsten Jahrhunderts verkündigen. Herr Bebel ist mit der Zeit älter und wohlhabender geworden (Heiterkeit), darum auch etwas besonnener, und der allgemeine Pladderadatsch würde ihm wohl darum nicht so angenehm sein. (Heiterkeit.) Daß Handwerkerkammern eingeführt werden sollen, die ausschließlich aus Handwerkern bestehen und die Interessen der Handwerker vertreten, begrüße ich mit Freuden, aber ich hoffe dabel, daß den Innungen der maßgebende Einfluß erhalten bleibe. Wenn es ferner gelingt, das Lehrlingswesen derart zu regeln, daß wir einen tüchtigen Gesellen- und Meisterstand erhalten, so haben wir die Hauptschlacht gewonnen. Das Gesetz müssen wir bald bekommen, und unsere Interpellation hat nur den Zweck gehabt, die Regierung zu ermahnen, daß sie sich nicht zu viel Zeit nehme. Die Sicherheit des Handwerkerstandes erfordert es, daß wir die in Aussicht gestellte Vorlage bald bekommen, und wenn wir es nicht als Weihnachtsgeschenk erhalten können (Abg. **Singer**: als Osteret!), dann sollten wir es wenigstens als Osteret erhalten. (Abg. **Bebel**: Das wird ein Wundel sein. Heiterkeit.) Nach wie vor aber bleiben wir dabel, daß der Befähigungsnaachweis eingeführt werden muß. Wie wir den Arbeiterschutz nach langen Kämpfen erlangt haben, so wollen wir auch den Handwerkerschutz.

Abg. **Goldschmidt** (Hr.): Gerade den jüngeren Kräften erschweren die Innungen das Fortkommen. Bezüglich der Berliner Gastwirthsinnung bemerke ich: Die Zahl der Gastwirththe, welche der Innung angehören, beträgt einige Hundert, und der freien Vereine sind über 3000. Die Mittheilungsmitglieder bezahlen für die Innungseinrichtungen mehr als die Innungsmitglieder. Niemand aber wird behaupten wollen, daß die Innung besonders viel für die Gastwirththe Berlins thut. Ueberhaupt haben die Herren darin Unrecht, daß der Handwerkerstand nur in den Innungen richtig vertreten werde. Gerade in Preußen herrscht in Handwerkerkreisen die Stimmung gegen die Innungen vor. Will man den Handwerkern helfen, so müssen sie eine bessere Vorbildung genießen, und dafür haben die freien Vereine mehr gethan als die Innungen. Im Gegenatz zu den Herren, welche von einem Niedergang des Handwerks sprechen, bin ich der Ansicht, daß es gerade jetzt einer guten Zukunft entgegengeht. Ich verweise in dieser Beziehung auf das kürzlich erschienenen Buch des Mannes, der leider seit heute Morgen auf der Todtenbahre liegt. Ein leuchtendes Beispiel für die freie Entfaltung der Kräfte im Handwerk ist Amerika, wo man von Befähigungsnachweis und Innungen nichts weiß. Die Herren, welche nach Chicago gehen werden, werden mit den Erfahrungen, die sie zurückbringen, dem Handwerk mehr nützen, als Sie mit Ihrem Befähigungsnachweis. (Beifall links.)

Handelsminister **Frhr. Berlepsch** erklärt die von dem Vorredner betreffs der Berliner Gastwirthsvereine angegebenen Zahlen als falsch und beruft sich wiederum auf seine früheren Ausführungen im preussischen Abgeordnetenhaufe. In der vom Vorredner angegebenen Zahl 3000 seien viele mit einbejariffen, die zu den Kosten der Innungen garnicht beitragen, ein anderer Theil sei gleichzeitig Mitglied der Freien Vereinigung und der Innung. Der Minister erklärt sich ferner bereit, Mifstände zu beseitigen, wenn berechtigte Beschwerden an ihn herankämen. Es handele sich bei der ganzen Sache nicht um ungehehrliche Mafnahmen, auch könne man nicht von einer ungerechtfertigten Unterdrückung von Innungsmittgliedern sprechen.

Abg. **Joest** (Soz.) wirft dem Abgeordneten **Kiderl** falsche Berechnung vor, denn nicht alle im Kleinbetriebe beschäftigten Arbeiter könnten dem Handwerkerstande zugerechnet werden. Das Handwerk sei nicht zurückgeblieben. Zurückgeblieben seien nur die alten Künstler und zwar nicht bloß in technischer, sondern auch in geistiger Beziehung. Welche Blüthen das Innungsprivilegium zeitigt, beweist der Vorfall, daß einem Nichtnungsmittgliede in Mainz verboten worden sei, seinen eigenen Sohn in die Lehre zu nehmen. Gerade die Innungsmittglieder sind gegen jeden Fortschritt. Gerade sie widerstreben der weiteren Fortbildung des Lehrlings in den Fortbildungsschulen. Die Herstellung von billiger

und schlechter Waare hat nicht ihren Grund in dem Mangel eines Befähigungsnachweises, sondern in dem allgemeinen Mangel der Zeit, der auf Verbilligung der Waaren gerichtet ist. Nur das Großkapital, die Großindustrie macht dem Handwerker die Existenz unmöglich, da sie sich mit einer kleineren Profitrate begnügen kann. Obligatorische Innungen werden diesen Uebelstand niemals beseitigen. Solche Gesetze, wie sie verlangt werden, werden die Unzufriedenheit der Handwerker ebenso zur Folge haben, wie die Arbeiter das vielgepriesene Arbeiterchutzgesetz als Truggesetz ansehen. Die Zeit läßt sich nicht zurückdrücken. Durch solche kleinen Mittel dem Handwerkerstande aufzuhelfen zu wollen, ist ein wirtschaftlicher Unfuss. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Möller (nl.) glaubt, daß die Bildung von Interessenkammern für den Handwerkerstand wohl günstig wirken könnte, wünschte aber vor allen Dingen, daß die betreffenden Vertretungen von den Agitatoren befreit bleiben mögen, die unersättliche Versprechungen machen und dadurch nur mehr Unzufriedenheit stiften. Man möge auch nicht so viel Experimente machen, die dem Handwerk sehr gefährlich werden können. Wohl sollte man Einrichtungen treffen, die es jedem ermöglichen, aus dem untersten Proletariat sich emporzuarbeiten, aber weiter dürfe man nicht gehen. An den Niedergang des Handwerks jedoch glaube Niemand, auch nicht die Sozialdemokraten. Die intelligenten Handwerker würden immer bestehen können, den anderen sei nicht zu helfen.

Abg. Goldschmidt: Von ungeseligen Maßnahmen habe ich nicht gesprochen, sondern nur zeigen wollen, zu welchen Konsequenzen die ganze Innungswirtschaft führt. Der Minister hätte bloß nach der Bibliothek zu schiden brauchen, wo ihm das ganze Material zur Verfügung steht.

Abg. Richter: Daß der Minister unsere Zahlenangaben bemängelt, muß mich wundern. Sie beruhen auf Angaben des Vorsitzenden des Gastwirthverbandes selber, und ich hatte daher keine Veranlassung, sie nicht für richtig zu halten.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antl.): Gerade als der Dampf in den Dienst der Industrie gestellt wurde, hat man, anstatt die Innungen neu zu beleben, sie aufgelöst. Jetzt, wo die Elektrizität den Dampf ablöst, ist der geeignete Zeitpunkt gekommen, dem Kleingewerbe zu helfen, um es nicht in die Hände der Sozialdemokraten fallen zu lassen. Ab und zu ist es ganz gut, die Sozialdemokratie als Pressionsmittel zu benutzen. Je mehr man sich mit den Herren beschäftigt, desto weniger schrecklich kommen sie einem vor (Gelächter). Wer die Vorgänge auf dem letzten sozialdemokratischen Kongress verfolgt hat, wird zugeben, daß die Herren Revolutionär in Schlafrock und Pantoffeln geworden sind. (Gelächter.)

Abg. Bebel (Soz.): Ich verwahre mich dagegen, daß man mich hier als wohlhabenden Mann, als eine Art Großfabrikant hingestellt hat. Mein Geschäft, das, als ich auf Grund des kleinen Belagerungszustandes Leipzig verlassen, mein Assozie leitete, beschäftigte nur 30 Mann. Das ist kein Großbetrieb. Es ist einmal gesagt worden, daß das Handwerk wieder den goldenen Boden wiederbekommt, den es im 14. Jahrhundert gehabt hat. Das kann eben nur jemand sagen, der die Entwicklung unserer Industrie nicht kennt. Der kleine Handwerker hat gar nicht das Geld, Dampf und Elektrizität in seinen Dienst zu stellen. (Widerpruch.) Die kapitalkräftigen Leute, welche mir widersprechen, mögen den tatsächlichen Beweis dafür liefern. Auf diese Weise könnte ja auch nachgewiesen werden, daß eine Organisation des Handwerkerstandes gar nicht notwendig ist, sobald die Handwerker die technischen Fortschritte auszunutzen in der Lage sind. Weshalb gehen denn zahlreiche Arbeiter aus dem Handwerk in die Fabrik? Weil der Handwerker niedrigere Löhne zahlt als der Industrielle. Er ist der wachsenden Konkurrenz nicht gewachsen, weil er die technischen Hilfsmittel nicht benutzen kann. Das ist auch die Ursache, weshalb so viele kleine Handwerker zu Grunde gehen. Diesem Zustand kann durch künstliche Mittel nicht begegnet werden. Alle diese Bemühungen scheitern an der Macht der Verhältnisse. Man wird nicht verhindern können, daß sich in Handwerkerkreisen die Ueberzeugung verbreitet, daß es mit ihrer Existenz zu Ende ist, daß sie ihre Hoffnung auf eine bessere zukünftige Gesellschaftsordnung setzen. In Oesterreich kann sich eine solche künstliche Institution noch aufrecht erhalten, weil dort das kleine Gewerbe eine größere Bedeutung als bei uns hat. Wenn wir ähnliche Einrichtungen treffen würden, würden wir einen inneren Widerspruch ins Handwerk tragen. In manchen Handwerken würde die Einführung des Befähigungsnachweises einfach lächerlich sein. Der Abg. Liebermann hat uns als ganz harmlose Leute hingestellt. Warum ist denn das Sozialistengesetz eingeführt worden? Weil wir stärker geworden sind, wird mehr Rücksicht auf uns genommen. Auch die verbündeten Regierungen müssen von der Aussichtslosigkeit ihrer Bestrebungen überzeugt sein, sie folgen lediglich dem Ruf nach Unterdrückung des Handwerks in Zünftlerkreisen; denn sie wissen, welche Stütze sie an den Zünftlern haben.

Damit ist die Interpellation erledigt.
Vizepräsident Graf Ballestrem theilt mit, daß um 3^{1/2} Uhr die Steuerunterlagen eingegangen sind.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Antrag von Hirsch u. Gen., betr. Nothgesetz zur Kranfentlassungsnovelle, Antrag Rintelen, betr. Wiedereinführung der Berufung, Antrag Ackermann, betr. Befähigungsnachweis.)
Schluß 5^{1/2} Uhr.

Deutschland.

Berlin, 6. Dez. Im Reichstage hat sich das Zentrum heute seine Quittung über die Innungsfrage geholt. Die Verhandlungen boten das schematische Bild, das man aus den jahrelangen Wiederholungen dieser Sache kennt: Klagen über Klagen von den Herren Ackermann, Viehl und Mehner, den eingeschworenen Innungsschwärmern, phantastische Hoffnungen auf die Zauberkräfte von Zwangsinnungen und Befähigungsnachweisen, und dann, als Pflaster auf Schmerzen und Böttcher, daß die Frage gründlich studirt werden solle, wie sie ja auch bisher und immer schon studirt worden ist, daß das Handwerk auf die Regierung bauen dürfe, daß aber die Vorarbeiten für die neuen Gesetze noch nicht abgeschlossen seien. Man kennt dies Alles, und heute wie jedes Mal zuvor hat man wieder den bestimmten Eindruck gehabt, daß im Wesentlichen Alles beim Alten bleiben wird, weil es unmöglich ist, etwas Anderes zu thun. Vielleicht bekommen wir im nächsten Jahre die verheißenen Handwerkerkammern, aber es wird auch dann genau so sein wie jetzt, und die Handwerker werden den goldenen Boden in diesen Kammern auch nicht finden, diejenigen Handwerker nämlich, die von der Gesetzgebung Alles, von der eigenen Kraft nichts erwarten.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung am Dienstag den Antrag der Reichsregierung in Betreff der Brauntweinbesteuerung abgeändert im Sinne der An-

regung des Abg. v. Frege im Reichstag, und zwar, wie die „Frei. Ztg.“ erzählt, hauptsächlich auf Anstehen der bayerischen Regierung. Demgemäß soll, wie schon telegraphisch gemeldet, die Liebesgabe nicht, wie die Reichsregierung wollte, um ein Viertel verkürzt werden; die Mehreinnahme soll vielmehr erzielt werden durch Höherbelastung der Konsumenten. Der Normalsteuersatz wird demgemäß von 70 auf 75 M. per Hektoliter erhöht. In Folge dessen bleibt bei der Erhöhung des Steuerfußes für das Kontingent von 2 Millionen Hektoliter von 50 auf 55 M. die bisherige Differenz zwischen Normalsteuersatz und Kontingentsteuersatz, also die Liebesgabe von 20 M. pro Hektoliter unverändert.

Ueber das Wahlergebnis in Arnswalde-Friedeberg liegen vollständige Nachrichten immer noch nicht vor. Nach den letzten Meldungen, welche die „Staatsbürger-Ztg.“ verbreitet, sind auf Drawe 3075, auf Ahlwardt über 10300 Stimmen entfallen.

Potsdam, 6. Dez. Heute Mittag fand die Vereidigung der Rekruten der biesigen Garnison statt. Der Kaiser hielt eine Ansprache an die Rekruten.

Braunschweig, 6. Dez. Gegenüber der Nachricht von einer Erkrankung des Regenten von Braunschweig, Prinzen Albrecht von Preußen, sowie der Absicht seines Rücktritts sagt das „Braunschw. Tagebl.“, hier sei weder von einem körperlichen Leiden des Regenten, noch von der Absicht desselben, von der Regentschaft zurückzutreten, das Geringste bekannt.

Prozeß Ahlwardt.

Aus Budapest geht telegraphische Antwort ein, daß der geleuchte Zeuge Eduard Krähahn in der dortigen Löwe'schen Fabrik nicht beschäftigt sei. Der Erste Staatsanwalt theilt mit, daß auch er noch Schritte gethan, um den Krähahn zu ermitteln, indem er bei dessen Ehefrau angefragt habe. Leider habe auch er einen Erfolg nicht gehabt.

Nachdem darauf ein neuer Antrag des Vertheidigers, sieben Offiziere als Gutachter vorzuladen, da die von den bisherigen Sachverständigen abgegebenen Gutachten werthlos seien, abgelehnt war, wurden noch mehrere Arbeiter vernommen, die noch jetzt bei Löwe arbeiten. Da diese entlastend ausfallen, spricht der Vertheidiger gegen dieselben wieder die Verdächtigung aus, daß sie gegen ihren Eid sprechen. Der Vorsitzende weist solche Anschuldigung energisch zurück.

Nach Eröffnung der Sitzung am Dienstag theilt Landgerichts-Direktor Brausewetter mit, daß die gestern vorgeladene Gräfin Hohenenthal erkrankt und deshalb nicht anwesend sei.

Vizepräsident v. Richtigshofen, noch einmal über seine Begegnung mit Hrn. v. Langen vernommen, wiederholt seine erste Befundung. Ich hätte, wenn ich mich auch auf die Sache eingelassen hätte, nichts weiter thun können, als die Sache an die Militärverwaltung weiter zu geben, da von dieser Seite doch erst die Grundlage zu weiterem Einschreiten hätte gegeben werden müssen. Ich hatte das Gefühl, daß ich gewissermaßen als Vorspann für eine antisemitische Sache gebraucht werden sollte, und da ich mich in meiner Stellung selbstverständlich dazu nicht hergeben konnte, so verhielt ich mich reservirt. Da sich die Sache so zugespielt hat und man mir gewissermaßen auch einen Vorwurf machen will, so wird es doch angezeigt sein, auch auf die Verbreitung der Broschüre näher einzugehen. Ich war zunächst im Zweifel über den Zweck des Besuchs und beauftragte nachher einen Beamten, über den Besucher Erkundigungen einzuziehen. Die Zeit war ja auch viel zu kurz, um etwaige Schritte einzuleiten, am Sonntag Mittag war Herr v. Langen bei mir und am Dienstag Nachmittag war die Broschüre bereits veröffentlicht. — **H. v. Hertwig:** Ich richte an den Zeugen die Frage: Ist bei der Unterredung mit Herrn v. Langen in Erscheinung getreten, daß es sich um die Anzeige einer strafbaren Handlung handelte? — **Zeuge v. Richtigshofen:** Das glaube ich nicht. — **Rechtsanwalt Hertwig:** Ist dem Herrn Zeugen der § 56 der Str.-Pr.-Ordn. bekannt, wonach die Polizeibehörde bei Erstattung einer Anzeige einer strafbaren Handlung bei der Staatsanwaltschaft das Weitere zu veranlassen und den Anzeiger zu Protokoll zu vernehmen hat? — **Präsi.:** Ich muß es ablehnen, daß der Vertheidiger einen hohen Beamten in dieser Weise examiniert, zweifellos wird der Herr Polizeipräsident die Strafprozeß-Ordnung kennen. — **Berth.:** Das ist mir unerklärlich, der Herr steht hier nicht als Polizeipräsident, sondern als Zeuge.

Herr v. Langen und Herr v. Richtigshofen suchen sich über die Einzelheiten ihrer Unterhaltung auseinanderzusetzen und zu verständigen. Herr v. Richtigshofen bleibt dabei, daß der Zeuge v. Langen ihm nicht gesagt habe, Ahlwardt warte unten. Zeuge v. Langen versichert wiederholt, daß er dem Polizeipräsidenten gesagt habe, der Verfasser sei eventl. bereit, jede Veröffentlichung zu unterlassen, wenn Herr v. Richtigshofen die Sache in die Hand nehmen wollte, denn es handle sich um staatsgefährliche Dinge.

Präsi.: Ahlwardt hätte doch schon früher mit dem Manuskript zu dem Herrn Polizeipräsidenten geben können, anstatt größere Geldsummen zunächst zum Druck des Manuskripts zu verwenden und dann in der letzten Stunde zu kommen. — **Zeuge v. Langen:** Ich war nicht in Berlin und kam erst am Sonnabend hier an. Die Abmachungen des Angeklagten mit seinem Verleger bezüglich des Termins zur Veröffentlichung der Broschüre waren schon früherer Datums.

Polizei-Präsident: Hätte der Zeuge den Antrag gestellt, ihn zu vernehmen, so hätte ich ihn an den dienstherrnenden Kriminalkommissarius gemeldet oder aufgefordert, schriftlich einzukommen. Der Polizei-Präsident ist nicht in der Lage, auf Wunsch eines Herrn, den ich bis dahin nicht kannte, ein Protokoll aufzunehmen. — **Rechtsanwalt Hertwig:** Die ganze Broschüre hatte doch den Charakter einer einzigen großen Strafanzeige und einer schriftlichen Anzeige. — **Angekl.:** Schriftlich konnte ich mich nicht an das Polizeipräsidium wenden, denn der zweite höchste Beamte des Polizeipräsidiums ist kein Vertrauensmann für mich. Ich weiß, daß Briefe, welche an den Präsidenten gerichtet werden, von demselben nicht selbst geöffnet werden. — **Polizei-Präsident v. Richtigshofen:** Jeder Brief an mich wird, wenn ich in Berlin anwesend bin, nur von mir persönlich geöffnet. — **Erster Staatsanwalt:** Gegen die betr. verdächtige Aeußerung des Angeklagten ist meinerseits nicht Einsprache erhoben, weil ich weiterkommen möchte. Hier werden ja fort und fort Verdächtigungen auf Sachverständige und Zeugen aufgebaut. Kein Beamter, kein Sachverständiger, der nicht dem Angeklagten günstig ausfällt, kommt ohne Verdächtigung fort. — **Angekl.:** Ich verwahre mich ganz entschieden dagegen, den Polizei-Präsidenten haben verdächtigen zu wollen. — **Präsi.:** Jeder hat ja hier gesehen, daß kein Zeuge, kein Beamter, der hier nicht zu Gunsten des Angeklagten ausgesagt hat, ohne Verdächtigungen seitens des Angeklagten oder seines Vertheidigers fortgekommen. — **Berth.:** Ich

überlasse das Urtheil über die letzteren Aeußerungen des Präsidenten, der in Angriffen gegen die Vertheidigung mit dem Ersten Staatsanwalt zu wetteifern bemüht ist, dem Publikum. — **Präsi.:** Ich muß diese Bemerkung als durchaus unangehörig zurückweisen. Solche Angriffe werde ich unter keinen Umständen dulden. Ich bemühe mich, die Verhandlung in voller Ruhe zu führen.

Zeuge Graf Hohenenthal wird aufgerufen. **Präsi.:** Es wird von der Vertheidigung behauptet, daß Sie in einem feinen Restaurant ein Gespräch eigener Art gehört haben. — **Graf Hohenenthal:** Es kann nur ein Erlebnis gemeint sein, welches, soweit ich mich entsinnen kann, im Februar 1889 geschehen ist. Ich begab mich gegen Mittag mit meiner Frau zu Borchardt. Es war im Vorderzimmer nur ein Tisch von drei Herren besetzt. Wir nahmen, um gegenseitig nicht zu hören, an einem entgegengesetzten Tische Platz. Meine Frau las Zeitungen, ich mußte wohl oder übel dem Gespräch meine Aufmerksamkeit schenken, welches etwas erregt geführt wurde, da mehrere Flaschen Wein auf dem Tische standen und einer der Herren augenscheinlich etwas schwermüthig war. Einer der Herren wurde als „Herr Oberst“ oder „Herr Oberstleutnant“ titulirt und dies erregte meine Aufmerksamkeit, da ich alter Soldat bin. Das Gespräch der Herren drehte sich um Armeelieferungen, ich weiß aber nicht mehr welcher Art, aber die Tendenz des Gesprächs war wenig Vertrauen erweckend und derart, daß ich mich entschloß, dem Kriegsministerium davon Mittheilung zu machen. Beim Fortgange erkundigte ich mich beim Kellner nach den Namen der Herren und erfuhr, daß es die Fabrikanten Löwe und Kühne seien, den dritten Herrn kannte der Kellner nicht. Ich begab mich nach dem Kriegsministerium, wo ich mit einem Dezenten für Armeelieferungen sprach. Dieser Herr fand meine Mittheilung so wichtig und interessant, daß er noch einen zweiten Herrn herbeiholte. — **Präsi.:** Können Sie mir nicht den Inhalt des Gesprächs mittheilen, das Ihre Entrüstung erregte? — **Zeuge:** Ich habe dem Ereigniß damals so wenig Bedeutung beigelegt, daß es mir nicht möglich ist. — **Präsi.:** Handelte es sich um Armeelieferungen? — **Zeuge:** Ich kann es wirklich nicht sagen. — **Präsi.:** Wissen Sie genau, daß das Gespräch im Februar 1889 stattfand? — **Zeuge:** Mit absoluter Bestimmtheit kann ich das nicht sagen. — **Präsi.:** Der Vertrag der Regierung ist vom 6. Januar 1889. Wissen Sie, ob es vor diesem Jahre war? — **Zeuge:** Ich kann es nicht sagen. — **Berth. Dr. Hertwig:** Herr Graf, wissen Sie nicht, ob die Herren verächtlich von der Armee sprachen und auch davon, daß es leicht sei die Offiziere zu täuschen? — **Zeuge:** Ich kann es nicht sagen und muß mich auf die beiden Herren im Kriegsministerium berufen, vielleicht können diese sich der Einzelheiten noch entsinnen. — **Dr. Hertwig:** Haben Sie nicht noch anderen Personen Mittheilung gemacht? — **Zeuge:** Gewiß, ich habe verschiedentlich darüber gesprochen. — **Berth.:** Auch mit dem Herrn v. Waderbarth? — **Zeuge:** Ja. — **Oberstleutnant v. Gönitz:** Es sind viele Bemühungen gemacht worden, die Herren zu ermitteln, es ist bisher aber vergeblich gewesen, da es sich nicht um eine schriftliche Anzeige handelte. Da Graf Hohenenthal nun erklärt, daß er mit zwei Herren in Uniform gesprochen und daß dieselben zum Reffort des Waffenwehrens gehören, so ist es vielleicht doch möglich, die Herren zu ermitteln, und wenn der Herr Präsident gestatten, werde ich mich sofort nach dieser Richtung hin bemühen. — **Der Präsident gestattet dies.** — Es folgt nun wieder eine ziemlich erregte Replik zwischen dem Präsidenten und dem Vertheidiger, da der letztere wiederum Oberstleutnant Kühne verdächtigt.

Oberstleutnant Kühne: Anfang 1889, wo das Gespräch bei Borchardt stattgefunden haben soll, war von einem Vertriebe bei uns noch gar keine Rede. Ich wüßte deshalb nicht, was ich in Bezug auf den Vertrieb gesprochen haben sollte. Daß über Gemeindegeldscheine gesprochen worden, ist sehr möglich, denn bei jener Anwesenheit bei Borchardt sah auch der Lieferant Edeine aus Velsitz bei uns. Ich bestritte ganz entschieden, daß unser Gespräch etwas für das Militär Beleidigendes gehabt habe. Ich bin auch Offizier und halte als pensionirter Offizier die Grundsätze des aktiven Offiziers aufrecht.

Zeuge Löwe: Ich kann mich auf den Inhalt eines im Jahre 1889 in dem Borchardischen Lokale geführten Gesprächs nicht entsinnen. Das aber ist absolut unrichtig, daß dieses Gespräch sich darum gedreht haben könnte, wie man den Staat betrügen könnte. Ich habe eine solche Absicht absolut nicht gehabt, kann darüber also auch nicht gesprochen haben.

Es folgt die Vernehmung des Mitmeisters v. Waderbarth. — **Präsi.:** Entfennen Sie sich eines Gesprächs, dessen Inhalt der Graf v. Hohenenthal Ihnen wiedergegeben haben soll? — **Zeuge:** Jawohl, der Herr Graf hat mir davon erzählt, daß er ein Gespräch zwischen dem Fabrikanten Löwe, dem Oberstleutnant Kühne und einem dritten Herrn gehört habe, welches ihm Veranlassung gab, darüber beim Kriegsministerium zu berichten. Ueber den Inhalt des Gesprächs hat Graf Hohenenthal mir nichts erzählt, ich habe auch nicht darnach gefragt. — **Präsi.:** Wie äußerte sich Graf Hohenenthal zu Ihnen? — **Zeuge:** Die Unterhaltung kam daher, weil die Broschüre des Direktors Ahlwardt erschienen war. Wir sprachen über den Inhalt und dabei erwähnte Graf Hohenenthal des Gesprächs. Ich hielt es für meine Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Broschüre, welche das Vertrauen zu unserer Wehrkraft erschüttern konnte, unterdrückt wurde. Ich begab mich zunächst zum Oberstaatsanwalt und bat ihn, entweder gegen Löwe oder gegen Ahlwardt vorzugehen. Der Oberstaatsanwalt meinte, er sei wohl nicht recht kompetent, die Sache müsse der Reichsanwalt wohl in die Hand nehmen. — **Präsi.:** Jawohl, das ist auch geschehen, der Reichsanwalt hat es aber abgelehnt, einzuschreiten, da Landesverrath nicht vorliege. — **Zeuge:** Ich begab mich dann zum Polizei-Präsidenten und bat ihn, die Broschüre beschlagnahmen zu lassen. — **Erster Staatsanwalt:** Ich bemerke, daß erst nach Stellung des Strafantrages für die Staatsanwaltschaft Veranlassung vorlag, die Broschüre zu beschlagnahmen. **Waderbarth** erwidert auf eine Bemerkung des Präsidenten, daß es ihm ja allerdings klar sein konnte, daß man sich wegen der gewünschten Inhibirung der Broschüre nicht an die richtige Instanz gewendet habe. Es gebe aber doch Dinge, welche das Vaterland und die Armee so eng berühren, daß man sich solchen Anzeigen nicht entziehen kann. Er hatte keinen Zweifel, daß Ahlwardt, den er als ausgezeichneten Patrioten kennen gelernt, sofort die Broschüre unterdrückt hätte, wenn nur Zeugen über die behaupteten Thatfachen vernommen wurden. — **Präsi.:** Haben Sie einem der Zeugen Geld gegeben? — **v. Waderbarth:** Ich habe, nachdem ich auf einer Eisenbahnfahrt die Broschüre gelesen hatte, mir einige der Zeugen kommen lassen, weil ich glaubte, daß Ahlwardt mythisirt werden sollte und hier vielleicht Personen angenommen waren, um Ahlwardt aufs Glatteis zu führen. Nachdem ich die Zeugen gesprochen, hatte ich eine andere Meinung. Später kamen dann einige der Zeugen zu mir, klagten darüber, daß sie brotlos geworden und baten um Unterstützung. Ich habe nur einmal einem Droschkenfahrer drei Mark Versäumniß gegeben und ein anderer, Noack oder Gans, hat zweimal 30 Mark von mir erhalten. **Berth.:** Kann uns der Zeuge etwas über Wesen, Bedeutung und Taktik der Alliance israelitica sagen? — **v. Waderbarth:** Ich habe

Hamburg, 6. Dez. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holländischer 1^{er} neuer 152—156. — Roggen loco ruhig, medlenb. loco neuer 132—136, russ. loco ruhig, transit 112—114. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rüdöl (unber.) ruhig, loco 53. — Spiritus loco ruhig, p. Dez. 21 $\frac{1}{2}$ Br., p. De.: Jan. 21 $\frac{1}{2}$ Br., p. Jan. Febr.

